

Drei-Fraktionen-Treffen

FDP/DVP Fraktion 
IM LANDTAG BADEN-WÜRTTEMBERG

**Freie
Demokraten**



Fraktion
Bayern **FDP**

**Freie
Demokraten**



Fraktion im
Hessischen Landtag **FDP**

Positionspapier

CO² schnell und wirksam reduzieren — Energiepolitik neu denken

Baden-Württemberg - Dr. Hans-Ulrich Rülke MdL

Hessen - René Rock MdL

Bayern - Martin Hagen MdL

Freiheit und Klimaschutz

Wir Freie Demokraten glauben an die Inspiration der Freiheit. Freie Menschen sind glückliche Menschen. Freie Menschen gehen verantwortungsvoll mit ihren Mitmenschen und mit der Natur und Umwelt um. Für uns Freie Demokraten gehört der Schutz von Natur und Umwelt und ein verantwortungsvoller Umgang mit natürlichen Ressourcen und Rohstoffen zu den Grundvoraussetzungen für eine freie Gesellschaft. Zu den unabdingbaren Menschenrechten gehört das Recht auf eine Umwelt in bestem Zustand.

In den letzten Jahrzehnten konnten Fortschritte bei der Reinhaltung der Luft, von Wasser und Boden gemacht werden. Es ist richtig und gut weiter in den Schutz von Natur und Umwelt zu investieren. Gesellschaftlicher Wohlstand drückt sich auch in der Bereitschaft aus, Natur und Umwelt zu erhalten, nicht nur im Interesse kommender Generationen, sondern auch um ihrer selbst willen.

Wir Freie Demokraten bekennen uns zum Pariser Abkommen vom Dezember 2015 und unterstützen die Umsetzung der Klimaschutzziele, auf die sich die Länder der Welt verständigt haben. Die Vertragsstaaten haben in dem Abkommen festgestellt, dass der Entwicklung, Nutzung und Weitergabe von Technologien bei der Umsetzung der Klimaziele eine zentrale Bedeutung zukommt. Wir verwahren uns gegen jede Instrumentalisierung des Pariser Abkommens im Sinne einer Verbots- und Umerziehungskultur. Das Pariser Abkommen fordert keine Verbote, sondern die Entwicklung von Technologien, die Klimaschutz und Wohlstand verbinden. Angesichts der 2015 von den Vereinten Nationen verabschiedeten UN-Agenda 2030 und dem Versprechen Hunger und Armut weltweit zu bekämpfen, können nur Freiheit, wissenschaftlicher Fortschritt und Technologien die Lösung sein.

Politischer Realismus statt Symbolpolitik

In keinem anderen Bereich prallen politische Ankündigungen und Realität so hart aufeinander. Während einerseits immer neue, radikalere Ziele und Ausstiegsszenarien postuliert werden, sind in der realen Welt kaum Fortschritte erkennbar. So werden trotz vollmundiger Ankündigungen, immer neuer Machbarkeitsstudien und Sammlungen von Maßnahmenpaketen auf allen politischen Ebenen die Klimaziele für 2020 klar verfehlt. Die für nächstes Jahr von Frau Merkel einst avisierte Marke von einer Millionen E-Autos auf deutschen Straßen wurde nicht mal zu zehn Prozent erreicht. Auf Pilotprojekte folgen meistens keine Markterfolge, sondern neue Pilotprojekte, die ohne Aussicht auf dauerhaften Erfolg bleiben.

Wir Freie Demokraten sagen: Es wird Zeit für einen neuen Realismus in der Energie- und Klimapolitik. Wir wollen keine großen Versprechen in ferner Zukunft, sondern realisierbare Erfolge, Jahr für Jahr, klar definierte Schritte, statt nebulöse Würfe. Wir setzen darauf, vorhandenes Know-how besser zu machen, um mit dem Machbaren endlich zu starten, statt auf das Wünschenswerte zu hoffen. Wir brauchen mehr Realismus, mehr Handeln, statt Symbolpolitik.

Klimaschutz als Friedensprojekt - Globale Kooperationen statt Nationalismus

Eine nur auf die Reduzierung nationaler Emissionen ausgerichtete Klimapolitik entspricht nicht dem Geist des Pariser Abkommens. Die Länder haben sich zu einer gemeinsamen Verantwortung bekannt. Wir Freie Demokraten sprechen uns deshalb gegen jede Form von Klimanationalismus aus. Klimaschutz ist eine

weltweite Herausforderung, die die Völker der Welt vereint bewältigen müssen. Klimaschutz kennt keine territorialen Grenzen. Alle Maßnahmen müssen in einem internationalen Handlungsrahmen eingebettet sein. Klimaschutz und Entwicklungsarbeit bieten neue Chancen für internationale, friedensstiftende und friedenschaffende Kooperationen.

Inspiration der Freiheit statt Dirigismus

Statt einer dirigistischen Detailsteuerung einzelner Bereiche von Wirtschaft und Gesellschaft mit planwirtschaftlichen Vorgaben für Mengen und Preise, setzen wir Freie Demokraten auf einen marktwirtschaftlichen Ordnungsrahmen. Wir wollen ein Umfeld schaffen, indem Forschungsfreiheit herrscht, technische Innovationen und neue Geschäftsmodelle angereizt und belohnt werden, Zugangsbarrieren verschwinden, Investitionssicherheit garantiert wird und die Chancen der Digitalisierung genutzt werden. Kriterium muss die Klimateffizienz sein, das Verhältnis zwischen Treibhausgasreduzierung und Kosten. Nicht die Politik soll Technologien und Maßnahmen bestimmen, ideologiegetriebene Gebote und Verbote festlegen, sondern die Verbraucher sollen entscheiden. Die Stärkung individueller Entscheidungsfreiheit steht für uns Freie Demokraten im Mittelpunkt.

Energiepolitik der Bundesregierung gescheitert – Ziele verfehlt

Deutschland hat sich zum Ziel gesetzt, seine Treibhausgasemissionen bis 2020 um mindestens 40 Prozent, bis 2030 um 55 Prozent zu reduzieren. Tatsächlich stagniert der Ausstoß von CO₂-Emissionen. Der Bundesrechnungshof stellt in seinem Bericht vom September 2018 fest, dass die meisten Ziele der Energiewende bis zum Jahr 2020 nicht erreicht werden (Absenkung des Gesamtenergieverbrauchs, Steigerung der Endenergieproduktivität, Bruttostromverbrauch etc.).

Zwischen 1990 und 2000 gelang es den CO₂-Ausstoß um 208 Millionen Tonnen zurückzuführen. In der folgenden Dekade wurde ein Rückgang um 101 Millionen Tonnen erreicht. Von 2010 bis 2017 schwächte sich die Minderung jedoch auf 37 Millionen Tonnen ab, obwohl in der gleichen Zeit der Anteil erneuerbarer Energien am Strommix von 17 auf über 36 Prozent zunahm und die installierte Leistung an Ökostrom von 55 auf 112 Gigawatt mehr als verdoppelt wurde. Damit übertrifft die theoretisch verfügbare Leistung deutscher Ökostromanlagen schon heute die aller Kohle-, Gas- und Kernkraftwerken zusammen. Der CO₂-Ausstoß sinkt aber nicht mehr signifikant.

Im Klartext heißt das: Deutschland baut zwar mit großer Geschwindigkeit erneuerbare Energien im Stromsektor aus, der Klimaschutz profitiert davon aber kaum.

Falsches Instrument: EEG

Wir Freie Demokraten glauben nicht, dass es Bürgern an Bereitschaft für mehr Klimaschutz fehlt, sondern die Instrumente das Hauptproblem der deutschen Klimapolitik sind.

Das Versagen hat einen Namen: Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Nach Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums wurden von 2000 bis 2018 im Rahmen des Gesetzes Gesamtvergütungen von über 260 Milliarden Euro für die Einspeisung von Ökostrom gezahlt (ohne zukünftige Zahlungsverpflichtungen). Abzüglich des Marktwertes des EEG-Stroms belaufen sich die direkten

Subventionen auf insgesamt 200 Milliarden Euro. Davon entfällt der größte Teil (172 Milliarden Euro) auf die Jahre von 2010 bis 2018. Umso mehr Geld die Verbraucher zahlten, umso weniger wurde erreicht. Der Bundesrechnungshof bestätigt die Kritik und stellt fest, dass der Energiewendepolitik unmittelbar Ausgaben und Kosten von mindestens 34 Milliarden Euro zuzurechnen sind, die Bundesregierung aber nicht in der Lage sei darzustellen, wie die Ziele der Energiewende nachweisbar und auf wirtschaftliche Weise erreicht werden können. In Deutschland werden die höchsten Strompreise Europas gezahlt und trotzdem gibt es kaum Fortschritte im Sinne eines wirksamen Klimaschutzes.

Das EEG ist nicht Teil der Lösung, sondern des Problems. Statt Innovationen und technologischen Fortschritt zu belohnen, werden Preise und Abnahme garantiert. Die Zahl der Patente in Deutschland ist im Bereich erneuerbare Energien, trotz Subventionshochlaufs, von 2014-2016 gegenüber 2011-2013 um 37 Prozent gesunken.

Die EEG-bedingten hohen Strompreise bremsen zudem Möglichkeiten der Sektorenkopplung aus und verteuern beispielsweise den Einsatz von Power-to-X-Technologien unnötig.

Für einen echten CO₂-Deckel - Emissionshandel statt CO₂-Steuer

Für uns Freie Demokraten ist das europäische Emissionshandelssystem (EU-ETS) das zentrale Steuerungsinstrument zur Umsetzung der Klimaziele. Im Gegensatz zu einer CO₂-Steuer senkt der Zertifikatehandel durch eine echte, schrittweise absinkende Obergrenze (Cap) die Emissionen und zwar verbindlich. Der Zertifikatehandel lässt Bürgern und Unternehmen die Entscheidungsfreiheit dort Treibhausgase zu reduzieren, wo es am sinnvollsten ist. Das setzt aber zwingend Technologieoffenheit und Wahlfreiheit voraus. Der Handel setzt Anreize für die Entwicklung innovativer Klimaschutztechnologien und Geschäftsmodelle, während eine Steuer nur umgewälzt wird und in den Kassen des Staates landet. Steuereinnahmen sind nie zweckgebunden. Verfassungsrechtliche Bedenken bestärken unsere Kritik an der CO₂-Steuer. Wir wollen, dass sich der Preis für Emissionszertifikate und damit für CO₂ am Markt bildet und nicht Spielball populistischer Überbietungswettkämpfe wird. Wer in Klimaschutz investiert, braucht verlässliche Rahmenbedingungen.

Emissionshandel muss unabhängig sein

Bisher sind 45 Prozent der europäischen Treibhausgasemissionen durch das EU ETS erfasst. Diesen Anteil wollen wir steigern, so dass mittelfristig alle relevante Sektoren und Branchen eingebunden werden. Investitionen setzen Vertrauen voraus. Um das Vertrauen in den Emissionshandel zu stärken und Investitionssicherheit zu ermöglichen, fordern wir Freie Demokraten, dass die Vergabe der Zertifikate durch eine unabhängige europäische Institution erfolgt. Ähnlich der Europäischen Zentralbank soll diese Institution frei von (unmittelbarer) politischer Einflussnahme sein.

Klimadividende einführen – soziale Verwerfungen verhindern

Um die Marktmacht der Bürger zu stärken, wollen wir Freie Demokraten eine "Klimadividende" einführen. Im Unterschied zu den Einnahmen aus einer CO₂-Steuer dürfen die Einnahmen aus der Vergabe von Emissionsrechten nicht zur allgemeinen Staatsfinanzierung herangezogen werden, sondern sind in erster

Linie an die Bürger als "Dividende" auszuschütten. Jedem Bürger ist, unabhängig vom Einkommen, ein Anteil an den Einnahmen aus der Vergabe von Emissionsrechten zuzuteilen.

Sofortmaßnahmen

Deutschland wird die selbstgesteckten Klimaziele für 2020 verfehlen. Trotz hoher Energiepreise werden die Vorgaben nicht erreicht. Wir Freie Demokraten schlagen deshalb vier Sofortmaßnahmen vor, die in den maßgeblichen Sektoren Stromerzeugung, Verkehr und Wärmeenergie greifen sollen:

1. Raus aus der Kohle – emissionsarme Gaskraftwerke stärken

Der weitere Ausbau erneuerbarer Energien hilft nicht, den deutschen CO₂-Ausstoß signifikant abzusenken, da grundlastfähige Kraftwerke aufgrund fehlender Speicher und des schleppenden Netzausbaus zur Sicherung der Stromversorgung systemrelevant bleiben.

Um schnell und effizient Treibhausgase im Stromsektor reduzieren zu können, muss „blaues“ und „grünes“ Gas Kohle als maßgeblichen Energieträger ersetzen. Bei der Stromerzeugung durch Erdgas entsteht rund 60 Prozent weniger CO₂, als bei Braunkohleverstromung. Gas ist sofort verfügbar, klimafreundlich und energieeffizient. Gaskraftwerke können konventionelles sowie biologisch und synthetisch erzeugtes Gas gleichermaßen nutzen. Die meisten der notwendigen Gaskraftwerke sind vorhanden, ebenso die Stromnetze. Der langwierige und teure Bau neuer Stromtrasse könnte deutlich eingeschränkt werden. Das ist gut für den Klimaschutz und für die Stromrechnung der Verbraucher. Durch den Umstieg von Kohle auf Gas ließen sich bis zu 100 Millionen Tonnen CO₂ jährlich einsparen.

Der Umstieg von Kohle auf Gas soll marktgetrieben stattfinden. Steigende Preise für CO₂-Zertifikate verteuern die Kohleverstromung und machen Gaskraftwerke (wieder) rentabel. Milliardenteure Entschädigungen für die Betreiber von Kohlekraftwerken aus Steuermitteln sind überflüssig. Um diese Entwicklung zu stärken, wollen wir Investitionsbremsen lösen und Genehmigungsverfahren beschleunigen. Anlagen für die Erzeugung von Biogas und Kraftwerke sollten vorzugsweise an bestehenden Kraftwerksstandorten entstehen, da hier die notwendigen immissionsschutzrechtlichen Voraussetzungen vorliegen und der Anschluss ans Netz problemlos erfolgen kann.

2. E-Fuels fördern – Potential synthetischer Kraftstoffe nutzen

Seit 2012 sind die CO₂-Emissionen im Verkehrssektor auf über 170 Millionen Tonnen angestiegen. Zwar hat sich die CO₂-Bilanz je gefahrenen Kilometer verbessert. Dieser Effekt wurde jedoch dadurch aufgezehrt, dass insgesamt mehr Kilometer gefahren werden.

Um schnell und wirksam CO₂-Emissionen zu reduzieren, sprechen wir uns für eine stärkere Förderung synthetisch erzeugter, klimaneutraler Kraftstoffe aus. Diese E-Fuels gewinnen Wasserstoff aus Wasser. Der notwendige Kohlenstoff kann der Luft entzogen werden. So senkt diese Herstellungsform die CO₂-Belastung der Atmosphäre.

Dadurch könnten bei allen 47 Millionen in Deutschland zugelassenen PKW sowie den rund 3 Millionen LKW signifikant geringere CO₂-Emissionen erreicht werden, während der Aufbau der Ladeninfrastruktur für batterieelektrische Antriebe absehbar noch länger dauern wird.

Während alle Bestandsfahrzeuge mit E-Fuels an normalen Tankstellen wie gewohnt betankt werden können, würde es viele Jahre dauern, bis E-Fahrzeuge einen signifikanten Anteil an der Bestandsflotte Deutschlands haben. Aktuell sind nur zwei von tausend PKW E-Autos. Wir wollen uns nicht nur auf Verbesserungen bei Neuzulassungen fokussieren, sondern praktikable Lösungen für den riesigen Bestandsfuhrpark entwickeln. Im Luftverkehr, aber auch im Schwerlast- und Güterwarenverkehr sind synthetische Kraftstoffe am aussichtsreichsten, um Emissionen zu reduzieren.

3. Sanierung im Bestand – steuerliche Förderung muss kommen

Rund 50 Prozent der gesamten Energie wird für Wärme in Gebäuden, für Warmwasser und Klimatisierung benötigt. Die größten Einsparpotentiale liegen aber nicht bei Neubauten, sondern in der Sanierung des Bestandes. Von den 19 Millionen Wohngebäuden in Deutschland wurden 12 Millionen vor Inkrafttreten der ersten Energieeinsparvorgaben (1977) errichtet. Diese verbrauchen je Quadratmeter das Mehrfache an Energie im Vergleich zu Neubauten.

Die Sanierungsquote liegt in Deutschland nur bei 1 Prozent, d.h. es würde 100 Jahre dauern, bis der komplette Bestand an Gebäuden saniert ist. Nur wenn es gelingt die Sanierungsquote deutlich zu erhöhen, werden wir unsere ambitionierten Klimaziele erreichen.

Statt die Anforderungen an Neubauten, die bereits sehr klimafreundlich sind, weiter nach oben zu treiben, schlagen wir eine umfassende Sanierungsoffensive vor. Die erste Initiative zur steuerlichen Förderung von Sanierungen war 2011 im Bundesrat an den grün mitregierten Ländern gescheitert.

Bis der Gebäude- und Wärmesektor in den europäischen Emissionshandel einbezogen ist, fordern wir die Umsetzung einer unbürokratischen und schnell wirksamen steuerlichen Sanierungsförderung. Wir akzeptieren nicht, dass die Große Koalition, Bund und Länder aufgrund kleinteiliger Streitigkeiten das riesige Klimaschutzpotential im Bereich der Gebäudesanierung achtlos liegen lassen.

4. Wälder schützen – einen neuen Markt für CO₂-Senken schaffen

Wälder, Grünland, moorige und humusreiche Böden sind nicht nur Lebensraum für Tiere und Pflanzen, sondern als natürliche CO₂-Senken wichtig für den Klimaschutz. Bäume binden, je nach Baumart und Alter, CO₂ aus der Atmosphäre und geben Sauerstoff ab. Um unsere Wälder zu schützen und die Artenvielfalt zu erhalten, lehnen wir Freie Demokraten die Nutzung von Windenergie in sensiblen Waldökosystemen ab. Natur und Umwelt können nicht erhalten werden, wenn sie flächendeckend zerstört werden.

Die Bundesregierung hat 2006 entschieden die Kohlenstoffspeicherung im bewirtschafteten Wald gemäß Artikel 3.4. des Kyoto-Protokolls (KP) auf die Treibhausgasbilanz Deutschlands anrechnen zu lassen. Den wirtschaftlichen Wert der Senken wird aber an die Leistungserbringer, die Eigentümer von Wäldern nicht weitergeben. Wir Freie Demokraten fordern, dass diese Gutschriften den Waldbesitzern weitergegeben werden. Nur wenn der Anbau und die Pflege von Wäldern und die daraus resultierende Senkleistungen im Emissionshandelssystem einbezogen werden, gibt es auch ausreichend Anreize eigenwirtschaftlich CO₂ durch natürliche Senken wie Wälder und Moore der Atmosphäre zu entziehen.

Analog zur Behandlung natürlicher CO₂-Senken wollen wir Freie Demokraten ein Anreizsystem, dass auch technische CO₂-Senken, beispielsweise den Betrieb von Luftfiltern und das Abscheiden von CO₂ aus der Luft,

wirtschaftlich belohnt. Damit schaffen wir die Voraussetzungen für einen neuen Markt, der auch solche Erfindungen wirtschaftlich macht, die CO₂ aus der Atmosphäre entziehen.